

Antrag

der Abg. Friedrich Haag und Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP-Fraktion

Der Fall Lörrach: Einfluss der Wohnungsbaupolitik der Landesregierung auf die Akzeptanz bei der Flüchtlingsunterbringung

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. Ob ihr ähnliche Fälle, wie der in Lörrach bekannt sind und wie und mit welchem Zeitverlauf sie im Einzelnen darauf reagiert hat;
2. Welche und wie viele Fälle ihr bekannt sind, bei denen Mieterinnen und Mietern die Wohnung gekündigt wurde und im Anschluss darin Flüchtlinge untergebracht worden sind;
3. Wenn ja, welche Gründe es dafür gegeben hat;
4. Inwieweit bei den Wohnraumstandards, wie Baujahr, Bausubstanz, Energiebilanz und weitere, andere Parameter angelegt sind, je nachdem ob Flüchtlinge oder sonstige Mieter darin untergebracht werden (sollen);
5. Welche Fälle aus den Kommunen ihr bekannt sind, in denen Wohnraum für Flüchtlinge durch eine Kommune angemietet, aber schließlich nicht an Flüchtlinge weitervermietet wurde, sondern leer steht und was die Gründe dafür sind;
6. Ob das Land Wohnraum selbst ankauft, um diesen an Flüchtlinge zu vermieten und wenn nein, warum und aus welchen Gründen dies nicht erfolgt;
7. Wie viele Mittel aus dem Förderprogramm zur Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete bereits abgeflossen sind und wie viel Wohnraum in diesem Rahmen bisher geschaffen wurde;
8. inwiefern sie Zielkonflikte zwischen dem Mieterschutz, dem allgemeinen Ziel der Schaffung zusätzlichen Wohnraums und der notwendigen Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge sieht und welche weiteren Maßnahmen sie zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge ergreifen möchte, um derartige Zielkonflikte zu vermeiden;
9. Welche Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge sie seitens der Kommunen, Landkreise und Verbände zum Förderprogramm zur Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete bekommen hat und wie sie darauf gedenkt zu reagieren;
10. Welche Form der Unterstützung sie den Kommunen zuteilwerden lässt, wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Wohnungen verlassen müssen und dort dann Flüchtlinge untergebracht werden;
11. Wie sie die Situation der Wohnraumknappheit und der möglicherweise konkurrierenden Interessen zwischen langjährigen Mieterinnen und Mietern sowie Flüchtlingen insgesamt bewertet;
12. Welche weiteren Entwicklungen sie in dieser Hinsicht für die kommenden Jahre prognostiziert;

13. Welche alternativen Möglichkeiten sie diskutiert, um solche Konflikte wie in Lörrach zu vermeiden;
14. Wie sie zu dem Vorschlag des Flüchtlingsrates steht, Geflüchteten beispielsweise zu erlauben, bei Bekannten, Freunden oder Verwandten unterzukommen, um so den Wohnungsmarkt zu entzerren;
15. Bei welcher Entwicklung sie sich eingestehen muss, dass sie der Situation der Flüchtlinge auf dem Wohnungsmarkt sowie der allgemeinen Wohnungsknappheit nicht mehr Herr ist und was sie dann gedenkt zu tun.

02.03.2023

Haag, Dr. Schweickert, Dr. Jung, Dr. Rülke, Haußmann, Birnstock, Bonath, Brauer, Heitlinger, Hoher, Karrais, Reith, Trauschel FDP Fraktion

Begründung

In Lörrach sollen rund 40 Mieter aus einem Wohnkomplex ausziehen, um Platz für Flüchtlinge zu schaffen. Der Antrag soll die Haltung der Landesregierung zum Thema der Wohnraumknappheit und möglichen Interessenskonflikten in der Bevölkerung diesbezüglich beleuchten.